



Kuba-Lobbyist Fox, Ybor City: „Ich dachte früher wirklich, Fidel Castro sei ein buckliges Monster, das zehnjährige Mädchen frisst“



Fidels verlorene Kinder

USA In Ybor City, dem kubanischen Viertel Tampas, streiten die Bewohner darüber, ob Barack Obamas Kurswechsel gegenüber Castros Insel richtig ist. *Von Markus Feldenkirchen*

Well, das wäre es dann, sagt Museumswärter Brian Snyder am Ende der Führung durch sein kleines Reich, das Ybor City Museum. Stellwand für Stellwand hat er den Besuchern die bewegte Geschichte seiner Nachbarschaft erläutert, des alten kubanischen Viertels in der Hafenstadt Tampa. Hier, im Westen Floridas, ließen sich schon früh Einwanderer von der Nachbarinsel nieder, man nannte es lange Zeit „die nördlichste Provinz Kubas“.

„Noch Fragen?“, fragt Snyder.

„Wo ist denn Fidel?“, will einer der Besucher wissen.

Berechtigte Frage. Castro hatte Ybor in den Fünfzigerjahren besucht und hier viele Unterstützer für seine Revolutionsbewegung gefunden, für den Kampf gegen das korrupte Regime des Diktators Fulgentio Batista und dessen amerikanische Freunde. Damals, als Castro noch mehr Freiheitskämpfer als Kommunist war, galt Ybor City als heimliche Heimat der Bewegung – und als seine Revolution am 1. Januar 1959 siegte, feierten sie draußen auf den Straßen tagelang ein Volksfest. Also, wo ist Fidel?

Wärter Snyder zuckt zusammen, zieht die Luft durch die Zähne. „Ehhhhh“, stammelt er. „Also, nun ja, dieses Wort dürfen wir so direkt nicht benutzen. Wir müssen so tun, als gäbe es ...“, Snyder sucht nach einer Umschreibung, „... das nicht.“

Das Ybor City Museum ist Teil eines State Park, die Vorschriften erlässt der Staat Florida, Snyder ist dessen Angestellter. Er deutet auf das Abzeichen auf seiner Uniform. Das zerknirschte Gesicht des armen Park-Rangers Brian Snyder, die Scham, wenn er nach Fidel Castro gefragt wird, sagt im Grunde alles über die bisherige Kubapolitik der Vereinigten Staaten.

Snyder würde gern selbst mal nach Havanna reisen, und vielleicht wird dieser Traum demnächst ja sogar wahr. 54 Jahre nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Präsident Dwight D. Eisenhower im Januar 1961. Nach Jahrzehnten, in denen Washington so tat, als gäbe es Kuba nicht, als wäre die Insel, nur 90 Meilen von Key West entfernt, vom Globus verschwunden. Wie in Snyders Museum.

Barack Obama will die Politik der Isolation nun beenden. Schon 2008, noch als Präsidentschaftskandidat, hatte er erklärt, Amerika müsse auch seinen Feinden die Hand reichen. Kurz vor Weihnachten 2014 kündigte er dann die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. Kuba war bis da-

hin neben Bhutan, Iran, Taiwan und Nordkorea eines der wenigen Länder, denen die USA solche Beziehungen verweigerten. Am 20. Juli soll Außenminister John Kerry die US-Botschaft am Malecón, der Uferpromenade Havannas, wiedereröffnen. Erst vor sechs Wochen hatte Obama das inzwischen von Fidels Bruder Raúl Castro geführte Land von der Liste der Terrorstaaten gestrichen.

Viele Amerikaner hoffen nun, dass bald auch die strikten Reiseregeln gelockert werden. Bislang dürfen nur enge Verwandte, Diplomaten oder Bürger mit Ausnahmegenehmigung per Direktflug nach Kuba reisen. Die meisten müssen teure Umwege über Kanada oder Mexiko in Kauf nehmen. Vielleicht wird ja eines Tages sogar das über 50 Jahre alte Embargo fallen, das nicht nur Amerikanern den Handel mit Kuba untersagt, sondern auch ausländische Firmen von jeder Tätigkeit in den USA ausschließt, solange sie auch mit Kuba im Geschäft sind.

Noch ist unklar, wohin Obamas Kubapolitik der kleinen Schritte, die an die Ostpolitik Willy Brandts erinnert, genau führen und wem sie nutzen wird. Die Republikaner bekämpfen jede Veränderung der alten Doktrin, die wie ein Entgegenkommen an die Castros wirken könnte. „Profiteure dieser dummen Politik werden die verabscheuungswürdigen Castro-Brüder sein, die ihre Bürger seit Jahrzehnten unterdrücken“, sagte Präsidentschaftsbewerber Jeb Bush vor Kurzem.

Doch nirgendwo wird so leidenschaftlich und verbissen um den richtigen Weg gestritten wie unter den zwei Millionen kubanischstämmigen Amerikanern. Gleich nach der Revolution hatte die US-Regierung Flüchtlinge aus Kuba mit Privilegien gelockt, um sie zu unterstützen und Fidel Castro zu ärgern. Als Willkommensgeschenk erhielten sie sofort ein Bleiberecht, großzügige Unterstützung und die Möglichkeit, schnell US-Bürger zu werden.

Wie kaum eine andere Exilantengruppe beeinflussen die Kubaner seither die Politik in Washington. Zum einen, weil die meisten von ihnen in Florida leben, jenem Staat, der für den Ausgang von Präsidentschaftswahlen oft entscheidend ist. Zum anderen, weil ihre Lobby über sogenannte Super Pacs Millionen an Dollar sammelt, um Politiker zu unterstützen, von denen

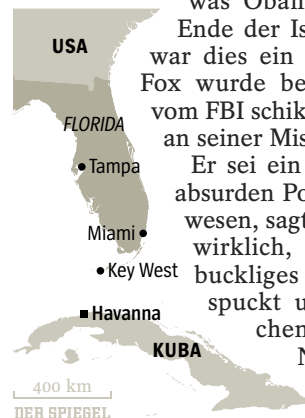
sie sich die beste Kubapolitik versprechen. Früher waren das jene, die den härtesten Kurs gegenüber Castros Regime versprachen. Das hat sich geändert, heute begrüßen 51 Prozent von Amerikas Kubanern Obamas Politikwende.

Die Castro-Frage spaltet Viertel wie Little Havana in Miami oder Tampas Ybor City, wo die Häuserfassaden noch immer an die Altstadt Havannas erinnern, wo noch in jedem dritten Geschäft Zigarren gedreht oder verkauft werden, wo ihr Qualm im raucherfeindlichen Amerika über die Bürgersteige weht und aus den Bars kubanische Musik erklingt. Hier gründete der Namensgeber des Viertels, ein Kubaner namens Don Vicente Martínez Ybor, 1886 die erste Fabrik für kubanische Zigarren in den USA. Hier rief der kubanische Nationalheld José Martí 1893 zum Unabhängigkeitskrieg gegen die Kolonialherren aus Spanien auf. Der 566 Quadratmeter große Gedenkgarten mit der Statue Martí im Herzen von Ybor City ist das einzige Stück Land auf amerikanischem Boden, das offiziell einem anderen Staat gehört: Kuba.

Anders als im Castro-feindlichen Miami verbinden viele in Tampa große Erwartungen mit Obamas Politik der Öffnung, man hofft auf Aufträge für die wirtschaftlich schwache Region. Im Herbst sollen nach 50 Jahren die ersten Fähren zwischen den USA und Kuba fahren, Tampa hat sich um eine Verbindung beworben. Überall in Amerika wird dieser Tage ausgelotet, was auf Kuba möglich wäre. Früher nannte man das Goldgräberstimmung.

Albert Fox sitzt im besten Restaurant von Ybor City, auf einem Stuhl, der immer für ihn freigehalten wird. Fox ist im Viertel aufgewachsen, seine Mutter, eine Kubanerin, arbeitete nebenan in der Zigarrenfabrik. Fox kämpft seit vielen Jahren für das, was Obama jetzt versucht, ein Ende der Isolationspolitik. Lange war dies ein aussichtsloser Kampf, Fox wurde beschimpft, denunziert, vom FBI schikaniert. Aber er hat nie an seiner Mission gezweifelt.

Er sei ein klassisches Opfer der absurden Politik seines Landes gewesen, sagt er. „Ich dachte früher wirklich, Fidel Castro sei ein buckliges Monster, das Feuer spuckt und zehnjährige Mädchen frisst.“ Anfang der Neunzigerjahre wollte er seiner Mutter zum 80. Geburtstag eine



Reise in ihre Heimat schenken. Erst da fiel ihm auf, dass die ganze Welt nach Kuba reisen darf, nur Bürger der Vereinigten Staaten nicht, des Landes der Freiheit.

Je mehr Fox sich mit der Kubapolitik seine Landes befasste, desto peinlicher wurde sie ihm. Es seien die USA gewesen, die Castro in die Arme der Sowjetunion getrieben hätten, sagt Fox. „Danach hatte unsere Politik fünf Jahrzehnte lang denselben Ansatz: ‚Quetscht dem Typen die Eier, dann wird er aufgeben!‘ Tja, hat offenkundig nicht gewirkt.“

Fox, früher ein Lobbyist in Washington, gründete die „Allianz für eine verantwortungsvolle Kubapolitik“, die sich für die Normalisierung der Beziehungen einsetzt. Seither ist er an die hundertmal nach Kuba gereist, als „Missionar der Verständigung“, wie er sagt. Seine Gegner nennen ihn „Kommunist“ oder „Fidels Drogendealer“. Oft hat sich Albert Fox gefragt, was passieren wird, sollten Reisebeschränkungen und das Handelsembargo fallen. Wäre dies das Ende für Castros Regime, weil die Kubaner dann täglich vorgeführt bekämen, wie gut es den Amerikanern im Vergleich geht? Oder würde es dazu führen, dass Kubas Regierung dank neuer Devisen gestärkt wird?

Bei einer seiner Begegnungen mit Fidel Castro hat Fox ihm prophezeit, sein Re-

gime könne sich maximal zwölf Monate halten, wenn das Embargo falle. „Aber das ist doch nicht Ihr Problem“, antwortete Castro. „Heben Sie einfach das Embargo auf – ich übernehme das Risiko.“

Fox wischt sich mit ausladenden Gesten den Mund ab, er ist bester Laune. Am Wochenende hat seine „Allianz für eine verantwortungsvolle Kubapolitik“ einen Empfang zu Ehren des Vorsitzenden der kubanischen „José-Martí-Gesellschaft“ gegeben. Der Empfang fand in derselben Halle statt, in der vor 60 Jahren Fidel Castro in Ybor City um Unterstützung für seine Revolution geworben hatte. 200 Leute seien da gewesen, sagt Fox. 200! Er brüllt die Zahl durchs Restaurant. Früher hätte sich kaum jemand getraut, zu den Veranstaltungen seiner „Allianz“ zu kommen. Man habe Leute dabei beobachtet, wie sie draußen vor der Tür die Nummernschilder der wenigen Besucher notierten. Es waren diese Methoden, dieses Klima der Einschüchterung, die jegliche Kritik an der Kubapolitik der Regierung erschwerten.

Die „Tampa Tribune“ habe heute einen großen Artikel über den Empfang veröffentlicht, sagt Fox. „Auf Seite eins!“ Er sei nicht mal feindselig gewesen. „Das ist eine Sensation!“ Später wird Fox in den benachbarten 7-Eleven laufen, fünf Exem-

plare der Zeitung kaufen und mit ihnen über den Bürgersteig hüpfen.

Obamas Politik der vorsichtigen Öffnung könnte noch gestoppt werden, sollte im kommenden Jahr ein Republikaner ins Weiße Haus gewählt werden. Einer Aufhebung des Embargos müsste zudem der Kongress in Washington zustimmen, wo beide Kammern von den Republikanern kontrolliert werden. US-Senator Marco Rubio aus Florida, Sohn kubanischer Flüchtlinge und einer der aussichtsreichsten republikanischen Bewerber um das Präsidentenamt, erklärte kürzlich, er werde im Senat gegen die Ernennung eines US-Botschafters in Kuba stimmen.

Hinter Rubio stehen Männer wie Ralph Fernandes aus Tampa, der acht Jahre alt war, als seine Eltern aus Castros Kuba flohen. Fernandes sitzt in seiner Rechtsanwaltskanzlei im Villenviertel von Tampa und sagt, dass er es immer noch als seinen persönlichen Auftrag empfinde, Kuba von den Castros zu befreien. Hinter ihm hängt ein Ölgemälde, das einen niedergeschlagenen Ralph Fernandes mit der zerknitterten kubanischen Flagge zeigt. Seine Tochter hat ihn so gemalt, nachdem einer seiner Mandanten, ein kubanischer „Freiheitskämpfer“, vor Gericht verloren hatte. Fernandes hat Hunderte solcher „Freedom



Straßenszene in Cárdenas: „Ich will kein McDonald's, kein Starbucks und kein Kentucky Fried Chicken auf Kuba“

FOTO: MERIDITH KOHUT / NYT / REDUX / LAIF



Anwältin Valiente mit Vater, ehemaliger Konsul und Castro-Freund Villemia: Früher nannte man das Goldgräberstimmung

Fighters“ verteidigt, jener radikalen Exilkubaner, die Attentate auf Castros Regime planten. Er vertrat auch die Angehörigen von Hobbypiloten, die 1996 für Propagandaaktionen in den kubanischen Luftraum eingedrungen waren und von einem von Castros MiG-Düsenjets abgeschossen wurden. Fernandes hat so ziemlich alles getan, um Castro in die Knie zu zwingen. Viele Jahre arbeitete er für den US-Geheimdienst, organisierte die Flucht hochrangiger Überläufer des Castro-Regimes.

„Diplomatie“, sagt er, „ist nicht immer die Lösung.“ Obama habe gefordert, dass wir die Vergangenheit hinter uns lassen. „Wir haben eine Liste mit 15 000 Namen, Menschen, die Castros Regime hingerichtet hat“, behauptet Fernandes. „Wahrscheinlich waren es eher 30 000. Wir können diese Menschen nicht einfach vergessen. Das schulde ich meiner Familie, das schulde ich meinem Kuba.“ Seine Mission sei erst beendet, wenn dieses Regime gestürzt sei.

Fünf Jahrzehnte lang war Fernandes' Haltung auch die Washingtons. Vermutlich konnten die USA es nie verkraften, dass die aufmüpfigen Kubaner auf ihrer kleinen Insel so erfolgreich Widerstand gegen das amerikanische System leisteten.

Statt wie sonst pragmatisch und mit kühlem Verstand handelte Washington gegenüber Havanna beleidigt, emotional, ja irrational. Befeuert wurde diese Politik von Exilkubanern wie Fernandes, die ihre persönliche Geschichte mit Castro hatten und ihm nie verzeihen konnten. Sie wählten vor allem die Republikaner, ihre millionenschweren Lobbygruppen werden bis heute von rechten Hardlinern dominiert. Die jüngeren Exilkubaner jedoch, die Kinder und Enkel jener, die kurz nach der Revolution vor Castro flüchteten, sehen anders auf das, was gerade passiert.

Die Anwältin Lauren Valiente sitzt in grauem Kostüm in der Handelskammer von Tampa Bay. Sie berät Firmen bei internationalen Kooperationen, gern würde sie bald US-Unternehmen helfen, die sich in Kuba engagieren wollen. Ihr Vater, nahe Havanna geboren, kam mit zwölf Jahren

nach Florida, weil seine Eltern sich vor dem Kommunismus fürchteten.

Vor ein paar Wochen sandte die Handelskammer eine Delegation nach Kuba, und Lauren Valiente reiste mit. Ihr Auftrag war, zu erkunden, welche Geschäfte und Kooperationen möglich sind, sollte das Embargo tatsächlich fallen. Lauren Valiente war begeistert von Kuba. Sie mochte die neuen Paladares, die privat betriebenen Restaurants, sie seien „besser als jedes Restaurant in den USA“. Und die Menschen seien so herzlich. „Ich habe mich vom ersten Augenblick an wohlgefühlt.“

Mit den Kämpfen der alten Haudegen der Kubapolitik, mit Männern wie Fox und Fernandes, kann Valiente nur wenig anfangen. Die Hardliner hätten eben ihre persönliche Geschichte, sagt sie. „Die sind gesteuert von Hass und Rachegehrn.“ Die feindselige Haltung ihrer Großeltern hatte schon ihr Vater nicht mehr wirklich teilen können. Sie selbst kann es erst recht nicht. „Wenn man ein Problem 50 Jahre lang nicht lösen konnte“, sagt Valiente, „sollte man vielleicht mal über einen anderen Lösungsweg nachdenken.“

Wie Lauren Valiente denken viele jüngere Kubaner in den Staaten. Und so hat allein die demografische Entwicklung die Meinung zu Kuba verändert. Waren 1991 nur 13 Prozent der Exilkubaner gegen das Wirtschaftsembargo, sind es heute 52 Prozent. Besonders die Jüngeren wünschen sich, dass es endlich fällt.

Valiente weiß, wie schwierig es für US-Firmen wäre, erneut in Kuba zu investieren. Vor der Revolution, als Amerikanern fast jedes zweite Geschäft auf Kuba gehörte, hatten sie sich wie Imperialisten aufgeführt. Sie schikanierten ihre Arbeiter, zahlten Hungerlöhne und protzten mit ihrem Reichtum. „Wir müssten diesmal als Freunde des Landes kommen, nicht als Ausbeuter“, sagt Valiente. Kuba müsse sich seine Besonderheit erhalten, sie wolle nicht, dass Havanna bald schon wie all die austauschbaren Städte der USA aussehe. „Ich will kein McDonald's, kein Starbucks und kein Kentucky Fried Chicken auf Kuba.“

Noch ist unklar, ob es so weit kommen wird. Obamas Politik der Öffnung ist nur ein Anfang. Wer die alte Kubapolitik der USA kritisieren möchte, kann dies nun tun, ohne Repressalien zu fürchten. Das ist das bislang größte Verdienst Obamas, und kaum jemand ist darüber glücklicher als Raul Villemia, der 90 Jahre alt ist und sich ein halbes Jahrhundert lang nicht traute, über Kuba zu sprechen. In all der Zeit, in der das Land, in dem er lebte, das Land, aus dem er kam, boykottierte, hat Villemia gelitten. Er zieht einen Brief aus einem Ordner, in dem er die wichtigsten Dokumente seines langen Lebens aufbewahrt. Er ist datiert auf den 2. Januar 1956, an ihn adressiert und zwei Seiten lang. Er beginnt mit „Lieber Freund“ und endet: „Mit liebevollen Grüßen, Fidel.“

Nach der Revolution wurde Villemia Castros erster Konsul in Tampa. Ende der Vierzigerjahre war er als Baseballprofi aus Havanna in die USA gekommen und geblieben. Trotz Castros Sieg zog Villemia nicht zurück nach Kuba. Er war inzwischen US-Bürger geworden, hatte zwei Töchter und einen Job bei der Stadtverwaltung.

Am Tag, als die Vereinigten Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba stoppten, wurde Villemia zum Staatsfeind. Das FBI nahm ihn ins Visier, die Agenten lungerten vor seinem Haus, sie quetschten die Nachbarn aus, um nachzuweisen, dass er noch immer für Castros Kuba aktiv sei. Um sich und seine Familie zu schützen, sprach er die nächsten 50 Jahre mit niemandem über das Land, aus dem er kam.

„Ich habe meine Lippen verschlossen“, sagt er und zieht mit den Händen ein imaginäres Klebeband über den Mund.

Seit ein paar Monaten traut sich auch Raul Villemia wieder, über Kuba zu reden. Er hat das Klebeband entfernt.

Twitter: @MFeldenkirchen

Mail: markus_feldenkirchen@spiegel.de



Video:
Kuba in Tampa

spiegel.de/sp292015kuba
oder in der App DER SPIEGEL